

Botschafterkonferenz 1965

Beilage 2

Referat von Botschafter Dr. STOPPER,

Direktor der Handelsabteilung

I. Die Strukturveränderungen der schweizerischen Wirtschaft im Laufe der letzten 15 Jahre und die sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Probleme

1. Einige Zahlen zur Kennzeichnung der Expansion (Vergleich 1950-1964).

Der Index der Konsumentenpreise ist von 159 auf 208, also um 31 % gestiegen.

Das Bruttosozialprodukt zu laufenden Preisen nahm von 20 Mia auf 55 Mia zu.

Die Zahl der Fremdarbeiter (August-Zählung) stieg von ca. 125'000 (1955 = 271'000) auf 721'000.

Der Import stieg von 4,5 auf 15,5 Mia, der Export von 3,9 auf 11,4 Mia.

In Prozenten des Bruttosozialproduktes gemessen, veränderte sich der Export von 19,5 auf 20,7 %.

Die Passivität der Handelsbilanz stieg von 625 auf 4079 Mio.

Von 1950 - 1960 (11 Jahre) war die Ertragsbilanz mit 6,1 Mia aktiv; 1961 - 1964 (4 Jahre) mit 5,7 Mia passiv.

- 2 -

Diese Zahlen sind Ausdruck einer Expansion von bisher kaum gekannter Intensität. Sie wurde ermöglicht durch die Handelsliberalisierung in Europa und den Rückgriff auf ausländische Arbeit und vom Ausland zugeströmtes Kapital (inklusive Reparierungen).

2. Strukturelle Änderungen im Inland

Wäre unser Arbeits- und Kapitalmarkt nicht von aussen her verbreitert worden, so hätte sich die Expansion als Kampf um die knappen Produktionsfaktoren vollzogen. Die rentableren (insbesondere die exportorientierten) Betriebe hätten sehr bald den weniger rentablen durch steigende Lohnangebote die Arbeiter entzogen. Die frühzeitige Lohnhausse hätte damit zu einem rentableren Einsatz der vorhandenen Arbeitskräfte und zu einer vermehrten Ersetzung der Arbeit durch Kapital geführt; sie hätte aber auch das Tempo und den Spielraum der Expansion begrenzt.

Wegen der Oeffnung der Grenzen für ausländische Arbeitskräfte konnte die Expansion auf fremde Arbeitskräfte ausweichen; eine übermässige Lohnhausse blieb aus. Die Tendenz zum wirtschaftlicheren Einsatz der Arbeit machte sich weniger geltend. Ein Abbau bestehender Betriebe war nicht nötig. Arbeit musste weniger weitgehend durch Kapital ersetzt werden. Dagegen wuchs der Kapitalbedarf für neue Arbeitsplätze, neue Wohnungen und öffentliche Einrichtungen. Da die Kapitalaufwendungen für den

Wohnbedarf und den Ausbau des öffentlichen Sektors in der Regel nicht von den Betrieben selbst getragen werden, zeigte der betriebliche Ertrag dieser zusätzlichen Arbeitskräfte ein zu einseitig positives Bild. Da aber über die Verwendung zusätzlicher fremder Arbeitskräfte nur vom einzelbetrieblichen Aspekt aus, also ohne Rücksichtnahme auf die der Gesamtwirtschaft aufgebürdete Last entschieden wurde, war der Weg zu einer Fehlentwicklung offen. Diese trat spätestens vom Moment an ein, wo der vorhandene Wohnraum und die vorhandenen öffentlichen Einrichtungen voll ausgenützt waren und die Erweiterungsbedürfnisse von der laufenden Kapitalbildung nicht mehr bewältigt werden konnten.

In dieser Expansion lassen sich also vorderhand eine Primär- und eine Sekundärphase erkennen.

Die Primärphase war gekennzeichnet durch eine rasche Expansion vor allem der auf den Export ausgerichteten dynamischen Branchen und Firmen. Das vorhandene Sachkapital konnte maximal ausgenützt werden. Die Unternehmergewinne erreichten Rekordhöhe und gestatteten, einen schönen Teil der Expansion durch Selbstfinanzierung zu bewältigen. Die grossen Unternehmen konnten dank ihrer Finanzkraft auch ihr ausländisches Filialnetz ausweiten. Die hohen Gewinne verstärkten die Möglichkeiten zum industriellen wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Die Inflationsrate der Schweiz war die tiefste in ganz Europa.

- 4 -

Unsere Wirtschaft zeigte ein Bild von noch nie erreichter Prosperität.

Es war uns lange nicht bewusst, dass einer so explosiven Primärphase, während der sich einseitig die Vorteile der Expansion zeigten, eine Sekundärphase folgen musste, während der die von der Gesamtwirtschaft zu verdauenden Lasten zu einem dominierenden Faktor wurden.

Ich möchte betonen, dass sich noch nicht abschätzen lässt, ob schliesslich die positiven oder die negativen Resultate der Expansion überwiegen werden. Auch heute erscheint das Gesamtergebnis wirtschaftlich noch stark überwiegend positiv, aber wir sind noch nicht am Ende der Sekundärphase.

a) Die Sekundärphase wurde ausgelöst durch den grossen Investitionsbedarf, den die rasche und massive Zunahme der werktätigen Bevölkerung auslöste. Es ist geschätzt worden, dass vom Moment der vollen Ausnützung aller industriellen Einrichtungen, des vorhandenen Wohnraumes und der öffentlichen Einrichtungen an jede zusätzliche Arbeitskraft zwischen 50'000 und 100'000 Franken Investitionen erforderte, aber die Produktion jährlich nur etwa 15'000 Franken steigerte.

Der Grossteil dieser Investitionen bestand in Bauten, die nur im Inland produziert werden konnten, d.h. es begann sich nun der Bedarf an Arbeitskräften für die inländische

Tätigkeit zu erhöhen. Auch ein immer grösserer Teil des Kapitals musste in für das Inland bestimmte Produktionsmittel und vor allem in nicht direkt produktive Wohnbauten und öffentliche Einrichtungen investiert werden.

Dies liess erst recht den Einwanderungsstrom anschwellen und die zusätzlichen fremden Arbeitskräfte erhöhten wegen des von ihnen ausgelösten Investitionsbedarfes erst recht multiplikativ die Nachfrage nach Arbeitskräften.

In der Primärphase dominierte die Expansion der Exportindustrie, in der Sekundärphase, der Phase der Befriedigung der auf die Gesamtwirtschaft abgewälzten indirekten Investitionslast, dominierte immer mehr die Expansion der Inlandwirtschaft. Hätten diese Investitionen ausschliesslich mit unseren laufenden Ersparnissen finanziert werden müssen, so wäre die Expansion durch Kapitalverknappung bereits im Jahre 1960, als die Fremdarbeiterzahl erst die Hälfte der heutigen Ziffer erreichte und die Ertragsbilanz passiv zu werden begann, gestoppt worden. Der grosse Kapitalzufluss beseitigte diese Bremse. Da der Verwendung dieses Kapitals kein Konsumverzicht, keine Einsparung von Arbeit und Kapital an anderer Stelle der schweizerischen Volkswirtschaft gegenüber stand, war sie gleichbedeutend mit der Schaffung zusätzlicher inflatorischer Kaufkraft, die den Preisauftrieb beschleunigte und die Einfuhr von Arbeit und Gütern stimulierte. Von 1960 bis 1963 haben die Fremdarbeiter mehr zugenommen als vorher in 10 Jahren. Es musste auf immer entferntere Gegenden

- 6 -

und immer geringere Qualität zurückgegriffen werden. Das Defizit der Ertragsbilanz wurde auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet grösser als in irgendeinem andern Lande, der Preisauftrieb in der Schweiz gehörte im Jahre 1963 zu den stärksten in Europa. Die Lohnentwicklung wurde mehr als früher von den Gewinnen der Inlandwirtschaft als von den für die Konkurrenzfähigkeit entscheidenderen Exporterlösen beeinflusst. Es war ein *circulus vitiosus* im Gange, der entweder am Defizit der Ertragsbilanz oder an einer unsere internationale Konkurrenzfähigkeit aushöhlenden Preishausse früher oder später krisenhaft zusammenbrechen musste.

Neben dieser Konjunkturüberhitzung hat uns die Breitenexpansion mit Problemen beschert, die im Moment weniger schwer wiegen, uns aber die Zukunft belasten können. Es seien hievon nur einige hervorgehoben:

- b) Wegen der Beschäftigung einer grossen Zahl flottanter, dem internationalen Lohngefälle nachwandernder Fremdarbeiter kann unsere Lohnentwicklung stark von derjenigen in der uns diskriminierenden EWG beeinflusst werden. Sie ist nicht mehr so eng mit dem Exporterlös und damit dem Stand unserer Konkurrenzfähigkeit verknüpft. Die Gefahr unangemessener Lohnhaussen ist daher grösser geworden.

Obschon scheinbar die Expansion nicht zu Lasten der ertragschwächeren Branchen und Betriebe ging, sind diesen Betrieben und Branchen (wie Textilien, Bekleidung, Hotellerie etc.) in sehr weitgehendem Ausmasse die schweizerischen Arbeitskräfte, insbesondere der Nachwuchs entzogen worden, die durch Fremdarbeiter ersetzt werden mussten. Mehr noch als die Notwendigkeit, die Zahl der fremden Arbeiter abzubauen, kann eine spätere, durch das europäische Lohngefälle verursachte Abwanderung der flottanten Fremdarbeiter zusammen mit dem künstlich zurückgestauten Arbeiterbedarf der übrigen Wirtschaft das Schicksal dieser Betriebe in einem grösseren Masse gefährden als dies bei einer Expansion ohne Zuzug von Fremdarbeitern der Fall gewesen wäre. Wegen des Zustroms von Fremdarbeitern ist der Produktionsapparat sehr viel breiter geworden. Damit hat sich zwar das Risiko der Beschäftigungslosigkeit der Schweizerarbeiter vermindert, dasjenige des investierten Kapitals aber verstärkt. Diese Konstellation kann den Unternehmergewinn in einer Weise beeinträchtigen, die Forschung und Modernisierung erschweren.

- c) Die Verwendung von Fremdkapital hat uns vorerst eine Zinshausse erspart, dafür aber eine Inflationsbeschleunigung gebracht. Damit ist der Grund zu einer nachträglichen Hausse des Zinsniveaus gelegt worden.

Eine nachträgliche Zinshausse kann ebenfalls zu einer Kostenhausse beitragen, die unsere Konkurrenzfähigkeit im unrichtigen

Moment schmälert. Sie zeigt dann auch zu spät, wo Kapital unwirtschaftlich eingesetzt worden ist.

- d) Eine schwere Belastung bedeutet die Expansion für die öffentliche Hand, denn es hat sich ein grosser Bedarf an zusätzlichen öffentlichen Einrichtungen und an öffentlicher Infrastruktur aufgestaut. Dazu kommen neue, sehr kostspielige öffentliche Aufwendungen. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass die Steuerlast in einer Periode erhöht werden müsste, wo die Wirtschaft unter sinkenden Exporterlösen leidet, unter dem Druck von Kostensteigerungen steht und daher die Steuersubstanz eher kleiner wird.

3. Strukturelle Aenderungen der wirtschaftlichen Umwelt

Auch die äusseren Verhältnisse haben sich gewandelt und gerade diese Aenderungen können den mittelbaren Risiken ein erhöhtes Gewicht geben.

- a) Wir haben unsere sich selbst alimentierende Expansion über die landeseigenen Kräfte hinaus in einer Zeit sich abbauender Handelshindernisse und weltweiter inflatorischer Nachfrageimpulse eingeleitet.

Anstelle der Liberalisierung ist aber inzwischen für einen wesentlichen Teil des Exportes die Diskriminierung getreten. Die weltweite Inflationstendenz hat die Folgen bisher stark gemildert. Der schärfere Kampf der Industrieländer gegen die Inflation dürfte

das Gewicht der Diskriminierung und die Gefahr einer Schmälerung unserer Exporterlöse auf dem wichtigsten Absatzmarkt verstärken.

In einer wachsenden Weltwirtschaft sollte das durch die Diskriminierung benachteiligte Land die Erlösminderung durch eine langsamere Lohnhausse auffangen können. Für die Schweiz ist die Möglichkeit beschränkt, weil unser Lohnniveau wegen der grossen Zahl flottanter Fremdarbeiter aus dem EWG-Raum den Einflüssen der Lohnbewegungen in der EWG ausgesetzt ist. Unsere Schwierigkeit liegt darin, dass wohl unser Arbeitsmarkt in jenen der EWG integriert ist, aber nicht der Markt, der durch die Arbeit hergestellten Produkte. Wenn wir diesen Risiken ausweichen wollen, müssen wir die Produktivität stärker steigern als unsere Konkurrenten in der EWG.

- b) Aber auch dies ist schwerer geworden. Die durch den Gemeinsamen Markt ermöglichte Firmenkonzentration vergrössert das Forschungs- und Werbepotential unserer wichtigsten Konkurrenten.

Unsere Konkurrenten sind auch stärker durch die Erteilung von Pionieraufträgen begünstigt.

- c) Die Möglichkeiten, von der EWG auf andere Märkte auszuweichen und damit die Diskriminierungsnachteile zu mildern, sind unter den heutigen Verhältnissen schwer zu bewerten. Die an sich substantiellen Ausweichmöglichkeiten auf die EFTA sind beeinträchtigt.

- 10 -

tigt durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Grossbritanniens und die Unstabilität und Heterogenität der Freihandelsassoziation.

Eine massive Steigerung der Exporte nach den übrigen Industrieländern wie USA, Kanada und Japan ist kostspielig. Sie hängt in erster Linie davon ab, ob die Kennedy-Runde zu einem Erfolg wird und ob bei einem Misserfolg eine Ersatzlösung möglich erscheint, die eine neue Welle des Protektionismus verhindert.

Bescheiden sind die Möglichkeiten einer Intensivierung des Handels mit den Ostländern, da deren Devisenerlöse sich nur langsam steigern lassen, denn ihr Export beschränkt sich immer noch weitgehend auf Landwirtschaftsgüter, Rohstoffe und Halbprodukte. Der Schlüssel zu vermehrten Exporten liegt daher weitgehend bei der Bereitschaft, längerfristige Exportkredite zu gewähren.

Recht unsicher sind die Aussichten für den Export nach den Entwicklungsländern. Immer mehr von diesen Ländern haben sich kurz- und mittelfristig verschuldet. Sollte das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern sich wesentlich verlangsamen und damit der Devisenerlös der Entwicklungsländer zurückgehen, so werden sich die Zahlungsbilanzschwierigkeiten dieser Länder rasch vermehren.

Nicht unbedenklich ist auch die von der EWG eingeleitete Tendenz, immer mehr Entwicklungsländer in ihr System reziproker Präferenzen einzubeziehen, die uns auch in diesen Ländern der Benachteiligung aussetzen.

II. Die Aufgaben, die sich für die schweizerische Wirtschaftspolitik aus dieser Situation ergeben

Dieser stichwortartige Ueberblick dürfte zeigen, dass wir es mit ausserordentlich komplexen Verhältnissen zu tun haben. Sie verlangen auf kurze Frist eine Bremsung der Expansion, eine Dämpfung der Inflationskräfte und lassen auf längere Frist Schwierigkeiten im Export und eine Kontraktion als nicht ausgeschlossen erscheinen. Dies macht es erst recht notwendig, die gegenwärtigen Auftriebskräfte zu dämpfen, um ein konkurrenzfähiges Kostengefüge in die wahrscheinlich schwierigere Zukunft hinüber zu retten. Sie verlangen aber auch, dass wir uns mit einer Stärkung unserer künftigen Stellung befassen. Für die Behörden bedeutet die letztere Aufgabe, einen noch rationelleren Einsatz unserer Produktionsfaktoren zu fördern, sukzessive die Abhängigkeit von ausländischen Produktionsfaktoren zu mildern, um eine grössere Anpassungsfähigkeit unserer Kosten an den Exporterlös zurückzugewinnen, an die Erreichung eines weltweiten Zollabbaues und die Verminderung oder Beseitigung der Diskriminierung in Europa unser Möglichstes beizutragen.

Einzelne Aufgaben müssen und können sehr kurzfristig erfüllt werden, andere brauchen mehr, ja oft beträchtliche Zeit für ihre Verwirklichung. Ich möchte nur einige davon Revue passieren lassen:

1. Kurzfristig einzuleitende Aufgaben:

- a) Den Inflationsprozess zu verlangsamen;

- 11 a -

- b) den Zuwachs an Fremdarbeitern abzustoppen und mit dem Abbau der Fremdarbeiterzahl zu beginnen;
- c) eine Prioritätsordnung für die Investitionen zu erstellen.

2. Nur sukzessive erfüllbare Aufgaben:

- a) Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu normalisieren;
- b) den Produktivitätsfortschritt zu fördern;
- c) beizutragen, die Diskriminierung zu vermindern oder zu beseitigen;
- d) die Möglichkeiten zu pflegen, allfällige Exportausfälle nach der EWG zu ersetzen.

III. Kurzfristig einzuleitende Aufgaben

- 1. Für die Erfüllung der dringlichen Aufgaben wurden drei Hauptinstrumente eingesetzt:
 - a) Die Plafonierung sowohl der Gesamtbelegschaft als auch der Fremdarbeiter pro Betrieb;
 - b) die Limitierung des Kapitalangebotes;
 - c) die Prioritätsordnung für Bauinvestitionen.

2. Man darf heute feststellen, dass diese Massnahmen eine beachtliche Wirkung erzielt haben. Diese Auffassung wird auch durch die Experten der OECD und der EFTA bestätigt.

Der Erfolg dieser Massnahmen findet u.a. ihren Ausdruck in folgendem:

- a) Der Abbau der Fremdarbeiter konnte ohne Beschleunigung der Lohn-
hausse eingeleitet werden.
- b) Die Steigerung des Index der Lebenskosten hat sich, besonders
wenn wir die vorübergehenden wetterbedingten Einflüsse (Kartoff-
feln und Gemüse) ausklammern, verlangsamt. Wenn auch noch der
Einfluss der Mietzinslockerung und der Milchpreiserhöhung aus-
geklammert würden, wäre die Steigerung sehr bescheiden.
- c) Die Baunachfrage ist weniger stark gewachsen als in der Vergan-
genheit, ebenso die Bau- und Bodenpreise.
- d) Die jährliche Zunahme des Banknotenumlaufes hat sich von 9 % auf
4 1/2 % reduziert.
- e) Am deutlichsten kommt die konjunkturelle Beruhigung in der Ent-
wicklung der Handelsbilanz zum Ausdruck. Verglichen mit dem
Vorjahr, ist im ersten Semester das Defizit um 520 Mio gefal-
len. Wenn der Trend anhält, wird die Verminderung für das
ganze Jahr 1,1 - 1,2 Mia betragen. Das Handelsbilanzdefizit
wäre dann noch 2,8 - 2,9 Mia, statt 4 Mia. Wenn sich der Ueber-
schuss der Invisible-Einnahmen wie letztes Jahr um weitere 300
Mio, d.h. von 2,3 Mia auf 2,6 Mia erhöhte, würde das Defizit der
Ertragsbilanz von 1,8 Mia auf 0,2 - 0,3 Mia sinken. Da einige
Einnahmeposten der Invisible-Bilanz konservativ geschätzt

sind, würden wir in Wirklichkeit sehr nahe beim Ausgleich stehen. Da das Defizit der Ertragsbilanz als identisch mit der durch Kapitalzufuhren aus dem Ausland zu deckenden Sparlücke gilt, wäre dies auch ein Zeichen dafür, dass sich das Investitionsvolumen dem Sparvolumen stark genähert hätte, also nur noch wenig inflatorisch wirkendes Kapital aus dem Ausland verwendet würde, und damit eine der Hauptquellen der Inflation beseitigt wäre.

Die Wiedererreichung des Ausgleiches der Ertragsbilanz wird unsere Wirtschaft vor dem Abfluss von Liquidität ins Ausland und damit dem plötzlichen Zusammenbruch der Investitionstätigkeit schützen, das Vertrauen des In- und Auslandes in unsere Währungssituation stärken und eine massive Kapitalabwanderung unwahrscheinlich machen.

3. Der genaue Anteil der einzelnen Massnahmen an diesem Erfolg lässt sich kaum feststellen, denn die Massnahmen greifen sowohl in ihrer psychologischen als auch physischen Wirkung ineinander über und auch die psychologischen und physischen Wirkungen lassen sich nicht trennen.

Zweifellos hat die Tatsache, dass Bremsmassnahmen ergriffen werden mussten, die Euphorie zerstört. Die Aufklärungskampagne hat der Wirtschaft die Gefahren der Expansion und die künftigen Probleme

gezeigt. Die Schwarzmalerei der Gegner der Massnahmen, die bereits von Deflation sprachen, hat den Rest an Illusionen zerstört.

Insbesondere hat die doppelte Plafonierung der Arbeitskräfte und das Fremdarbeiterabbauprogramm die industrielle und gewerbliche Breitenexpansion gebremst. Sie hat zu erfolgreichen Rationalisierungsanstrengungen geführt und die Wirtschaft zu einer realistischen Einschätzung der Zukunft veranlasst.

Einen wichtigen Anteil an der Bremsung hatte auch die Verknappung des Kapitalangebotes. Auch hier haben psychologische und physische Faktoren den Erfolg bewirkt. Die Eingriffe waren, im Gegensatz zum Arbeitsmarkt, milde konzipiert. Die Kreditplafonds wurden bisher nicht voll ausgenützt. Dagegen dürfte die Kapitaleinfuhrerschwerung eine gewisse physische Wirkung gezeitigt haben. Aehnlich dürfte es sich mit der Beschränkung des Emissionsvolumens verhalten, wobei aber beizufügen ist, dass der zugelassene Betrag einem Rekordvolumen entsprach.

Der Baubeschluss hat besonders am Anfang mitgeholfen, die Baunachfrage zu vermindern. Recht wirksam dürfte das einjährige Verbot gewisser Bauten und die Zurückhaltung bei öffentlichen Bauten gewesen sein. Später verlagerte sich die Bremsfunktion immer mehr auf die geringeren Kapitaldisponibilitäten und die pessimistischere Einschätzung der Zukunft durch die Unternehmer.

- 15 -

Bei der Beurteilung der Situation ist im Auge zu behalten, dass ein grosser Teil des Erfolges auf der Plafonierung der Gesamtarbeiterzahl pro Betrieb beruht, d.h. einer Massnahme, die es den Firmen verunmöglicht, eine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften zu entfalten, ja -- da der Plafond gegenüber früher etwas gesenkt wurde -- die Firmen sogar zwang, Arbeiter abzubauen, um wirtschaftlich Raum für die Fremdarbeiterreduktion zu schaffen. Dieser Eingriff war unvermeidbar. Er behindert aber das Wachstum der produktivsten Betriebe und verhindert den Abbau der weniger produktiven. Er könnte daher auf längere Frist die im Hinblick auf die sich verschlechternde internationale Konkurrenzsituation so dringend notwendige Produktivitätssteigerung unserer Wirtschaft verlangsamen.

Eine dringliche Aufgabe dürfte also darin liegen, eine genügend grosse Nachfrageentspannung zu erreichen, um die Gesamtplafonierung lockern zu können. Wenn wir mit der Lockerung zu früh beginnen, laufen wir Gefahr, den inflatorischen Auftrieb wieder zu verstärken. Bei frühzeitiger Lockerung müsste diese Gefahr durch die Restriktionen im Kapital- und Kreditsektor aufgefangen werden. Dies ist der Grund, warum trotz des bisher erreichten Erfolges die Lockerungen auf dem Kreditgebiet vorsichtig zu dosieren sind.

IV. Zur Erfüllung des längerfristigen Programms

Zu den mehr längerfristigen Aufgaben gehört die Führung einer Wirtschaftspolitik, die es gestattet, die gegenwärtigen direkten Eingriffe ins Marktgeschehen sukzessive abzubauen und für die Zukunft ein ausgeglicheneres Wachstum zu erreichen, die Abhängigkeit von fremden Arbeitskräften auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren, Voraussetzungen zu schaffen, die den Produktivitätsfortschritt begünstigen, die Diskriminierung zu vermindern oder zu beseitigen und allfällige Ausweichmärkte zu pflegen.

1. Fremdarbeiter (möglichst produktiver Einsatz des Faktors Arbeit)

Besonders wichtig aber auch heikel ist der Abbau der direkten Eingriffe in den Arbeitsmarkt. Dabei sind an Lockerungen in folgender Richtung zu denken:

- a) Der Plafond für die Gesamtbelegschaft sollte sukzessive erhöht werden, bis er schliesslich aufgehoben werden kann;
- b) es sollte versucht werden, bei der Einwanderungsbeschränkung vermehrt nach Gesichtspunkten zu nüancieren, wie:
 - Grad der Ueberfremdungsgefahr;
 - Ausmass der Auslösung von zusätzlichen Sekundärinvestitionen;
 - Beitrag an den Produktivitätsfortschritt und den Volkswohlstand.

- 17 -

- c) Die Mobilität der als sesshaft zu betrachtenden Fremdarbeiter sollte erhöht werden.

All dies ist sehr viel leichter gesagt als getan.

ad a)

Solange die Nachfrage nach Arbeitskräften grösser ist als das zugelassene Angebot, kann nur an eine sehr vorsichtige Lockerung der Gesamtplafonierung gedacht werden, und zwar nur in dem Ausmass, als es möglich erscheint, die Gesamtnachfrage über die Kontrolle des Kapital- und Kreditangebotes im Zaume zu halten.

Bei der Lockerung der Gesamtplafonierung kann an eine automatische lineare oder an eine auf Grund amtlicher Entscheide bewilligte individuelle Erhöhung oder an eine Kombination beider Methoden gedacht werden.

Die auf Reduktion der Fremdarbeiterzahl gerichtete Einwanderungspolitik dürfte bereits an sich mit der Zeit zu einer immer deutlicheren Verminderung des Bedarfes an Arbeitskräften führen, denn in den letzten Jahren provozierten die zusätzlichen Arbeitskräfte einen Investitionsbedarf, der grösser war als ihr Beitrag an die Produktion. Solange aber der Investitionsbedarf aus der bisherigen Expansion noch nicht verdaut und ein künstlich zurückgestauter Arbeiterbedarf der dynamischen Firmen vorhanden ist, wird sich diese selbsttätige Entlastung noch nicht durchsetzen.

ad b)

Nicht alle Kategorien von Fremdarbeitern sind von gleichem Gewicht für die Ueberfremdung. Grenzgänger, die nicht in der Schweiz wohnen, oder echte Saisonarbeiter, die nach der Saison wieder heimkehren, oder Bauequipen, die in entlegenen Gegenden für ein bestimmtes Werk eingesetzt sind und nach dessen Vollendung die Schweiz verlassen, stellen eine geringere Ueberfremdungsgefahr dar als solche, die sich für längere Dauer oder definitiv bei uns niederlassen. Sie sollten statistisch besonders ausgewiesen und larger behandelt werden.

Fremdarbeiter, die in der von den Schweizern zunehmend gemiedenen Saisonhotellerie oder in den der Abwanderung ausgesetzten Gebieten bereits vorhandene Arbeitsplätze und leer gewordenen Wohnraum einnehmen, stimulieren die Nachfrage nach Investitionen kaum; sie ermöglichen vielmehr die Ausnützung von bereits vorhandenen Kapitalinvestitionen und tragen dadurch zum Wohlstand bei.

Es erscheint auch nicht rationell, eine hochqualifizierte Arbeitskraft gleich zu behandeln wie einen sizilianischen Handlanger. Grössere Betriebe können diese Selektion im Rahmen ihres Fremdarbeiterkontingentes selbst vornehmen. Für Firmen, die fast nur über qualifiziertes Fremdpersonal verfügen, wie die amerikanischen Holdings-, Verwaltungs- und Finanzgesellschaften, sollte man einen besonderen Spielraum schaffen.

Es ist aber schwierig, für diese Nüancierungen praktikable Lösungen zu finden; je mehr Kategorien vom Abbau ausgenommen werden, desto grösser wird die Abbaulast auf dem Rest und schafft dort wieder schwierige Probleme.

ad c)

So wie die Dinge heute beurteilt werden, sind wir auf die Dauer auf einen beträchtlichen Bestand an fremden Arbeitskräften angewiesen. Es besteht ein Interesse daran, die Mobilität der sesshaft gewordenen Arbeitskräfte innerhalb der Schweiz mit der Zeit sukzessive zu vergrössern, damit sie zum volkswirtschaftlich produktivsten Einsatz gelangen. In Frage kommen in erster Linie Arbeitskräfte, die sich schon über 5 Jahre in der Schweiz aufhalten. Diese Arbeitskräfte können bereits Stelle, Beruf und Branche wechseln. Ihr produktivster Einsatz wird aber durch die firmenmässige Kontingentierung der Fremdarbeiter behindert. Man wird wohl daran denken müssen, die Firmenkontingente linear allmählich um die Zahl der Fremdarbeiter, die sich 7, 6 oder 5 Jahre in der Schweiz aufgehalten haben, zu reduzieren und dafür diese Arbeiter nicht mehr auf die Fremdarbeiterkontingente anzurechnen. Dadurch würden diese Arbeiter für den produktivsten Einsatz frei.

Die einzelnen Lockerungsgesichtspunkte stehen oft zueinander im Gegensatz. Es ist daher nach einem optimalen Kompromiss zu suchen.

2. Kapitalangebot

Im Gegensatz zu den Kompetenzen in bezug auf Fremdarbeiter sind die Kompetenzen zur Beschränkung des Kreditangebotes zeitlich eng befristet. Sie gelten bis März 1966 und können vom Parlament bis März 1967 verlängert werden.

Selbst wenn sich bis März 1967 die Nachfrage stark beruhigt haben sollte, müssen wir doch inskünftig in der Lage sein, unsere Wirtschaft gegen die inflatorischen Einflüsse neuer grosser Kapitalimporte abzusichern. Dies setzt einen Ausbau der permanenten Kompetenzen der Nationalbank auf diesem Gebiete voraus. Kaum ein Land ist im Verhältnis zum bescheidenen Umfang seiner Wirtschaft der Wirkung so grosser Kapitalbewegungen ausgesetzt wie die Schweiz.

Ein Entwurf zur Ergänzung des Nationalbankgesetzes ist in Ausarbeitung.

3. Oeffentlicher Haushalt

Der öffentliche Haushalt erreicht bei uns rund 20 % des Sozialproduktes. Durch seine Gestaltung sollte daher mindestens theoretisch das wirtschaftliche Geschehen in unserem Lande sowohl kurz- als auch langfristig nicht unwesentlich beeinflusst werden können. In der Vergangenheit hat der Bund durch seine Ueberschüsse das Sparvolumen des Landes etwas erhöht und durch Verzicht auf Verwendung dieser Ueberschüsse zur Schuldrückzahlung der Liquiditätsvermehrung durch den Kapitalzustrom etwas entgegengewirkt. Die

Einwirkungsmöglichkeiten blieben aber marginal, weil die Bundes-einnahmen zum grössten Teil verfassungsmässig limitiert und die Ausgaben wenig komprimierbar sind und zwei Drittel des öffentlichen Haushaltes auf die Kantone und Gemeinden entfallen, die sich bisher nur wenig um gesamtwirtschaftliche Belange kümmerten.

Es wird geprüft, wie auf Bundesebene die Einnahmen flexibler, die Ausgaben kompressibler und zeitlich verschiebbarer gemacht werden könnten. Es wird auch geprüft, wie durch bessere Koordination der Einnahmen- und Ausgabenpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden eine grössere Beeinflussung der Wirtschaft erzielt werden könnte.

Unmittelbar notwendig sind insbesondere Anstrengungen in folgender Richtung:

- a) Verlangsamung der Bedarfszunahme an Arbeitskräften durch die öffentliche Hand -- seit 3 Jahren besteht beim Bund ein Personalstop.
- b) Verminderung des Bedarfes an öffentlichen Investitionen durch Aufstellung und Einhaltung einer Dringlichkeitsordnung und durch rationellere und bescheidenere Ausführung von Bauten.
- c) Setzung von Vorbildern für rationelles und billiges Bauen.

4. Lokale behördliche Erschwernisse im Bauwesen

Als Folge des Foederalismus und der dezentralisierten Verwaltung ist die Produktivität unserer inneren Wirtschaft stark belastet mit lokalen Vorschriften aller Art, insbesondere im Bauwesen. Solche unrationelle Vorschriften wären sukzessive zu beseitigen, denn wir können uns derartige Verteuerungen in der Zukunft weniger leisten.

Die gleichen Umstände haben insbesondere bei öffentlichen Bauten eine äusserst kostspielige Individualisierung, die einer rationalen Bauweise entgegensteht, begünstigt. Hier besteht Spielraum für die Einsparung von Arbeitskräften und Kapital sowie die Niedrighaltung der öffentlichen Ausgaben.

5. Wettbewerbsbeschränkungen

Vermerhter Beachtung bedarf das Funktionieren der Konkurrenz in unserer inneren Wirtschaft. Gewisse Kartellbindungen scheinen dem Produktivitätsfortschritt hindernd im Wege zu stehen, eine unrationelle Bindung von Arbeitskräften aufrecht zu erhalten und hohe Preise zu begünstigen. Die neue Kartellgesetzgebung dürfte es gestatten, auf diesem Gebiete mit der Zeit einige, wenn auch vielleicht nicht revolutionäre Fortschritte zu erzielen.

6. Förderung des rationellen Bauens

Ein wichtiges Erfordernis erscheint ganz allgemein rationelleres und billigeres Bauen zu sein. Die Bauproduktion ist fast so gross wie die Exportproduktion. Die öffentliche Hand muss auf jede ihr zur Verfügung stehende Weise versuchen, die Rationalisierung und Verbilligung zu erreichen, sei es durch die Förderung der diesbezüglichen Forschung, sei es durch die Inauftraggebung von Pionierleistungen, das Setzen von Beispielen, die Propagierung erfolgversprechender Möglichkeiten, oder sei es durch die vermehrte Oeffnung des inländischen Baumarktes an ausländische Konkurrenzfirmen.

Dass neue Wege notwendig werden, zeigen insbesondere auch die erschreckend hoch gewordenen Erstellungspreise für Wohnungen; der Bau billiger Wohnungen ist denn auch zu einem Politikum erster Ordnung geworden.

7. Landwirtschaftspolitik

Die Wissenschaft und internationale Organisationen werden nicht müde, darauf hinzuweisen, dass in der Landwirtschaft unnötig viele Arbeitskräfte gebunden sind und dies nicht nur das Volkseinkommen im allgemeinen schmälert, sondern auch eine befriedigende Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft behindert oder sehr kostspielig macht. Welche Aufgaben sich stellen und wie schwer

sie zu lösen sind, dürfte jenen von Ihnen kar geworden sein, die die Reaktion der Bauernschaft auf die letzte, nicht zu ihrer Zufriedenheit ausgefallene Milchpreiserhöhung verfolgt haben.

8. Die Entfaltung aller Kräfte unseres Volkes gebietet die vermehrte Förderung der wissenschaftlichen Forschung und des dafür notwendigen qualifizierten Nachwuchses, konkret die Unterstützung der höheren Ausbildungsstätten und eine gewisse Koordinierung durch den Bund. Die Erhebungen über den gegenwärtigen Stand des höheren schweizerischen Ausbildungswesens und die voraussehbaren Entwicklungen führten zu konkreten Empfehlungen. Der Bund wird die Lösung dieser Aufgabe ohne Verzögerung an die Hand nehmen und die sich daraus ergebenden Finanzierungsprobleme prüfen.

Der Bund sieht sich ferner vor die Notwendigkeit gestellt, im Interesse der Entfaltung unseres wissenschaftlichen Potentials vermehrt zur Förderung der Grundlagenforschung beizutragen. Dies geschieht in erster Linie über den Schweizerischen Nationalfonds, dessen Mittel erheblich zu erhöhen sind. An den Bund wird darüber hinaus das Begehren gestellt werden, sich gegenüber der angewandten Forschung mit mehr als nur einer Zuschauerrolle zu begnügen. Die Mitwirkung der öffentlichen Hand bei der Finanzierung auch der zweckgerichteten Forschung wird angesichts des wachsenden Aufwandes einerseits und andererseits der stets üblicheren Praxis in andern Industriestaaten zu prüfen sein.

Wie immer man auf längere Sicht den Anteil abzugrenzen wünscht, den der Bund an den Lasten für Ausbildung und Forschung zu tragen hat, so kommt ihm doch in jedem Falle die Rolle eines Koordinators zu, und zwar sowohl zwischen der nationalen und der internationalen Forschung, als auch zwischen den Arbeiten der ETH, den kantonalen technischen Hochschulen und den durch den Nationalfonds geförderten Projekten. Darüber hinaus wird aber der Bund sich mit den Problemen, wie sie im Bericht über Fragen der Hochschulförderung 1964 aufgeworfen sind, und dem Begehren auf vermehrte Förderung der industriellen Forschung zu befassen haben. Dabei gilt es, die foederalistischen Gegebenheiten der in den Kantonen verankerten Universitäten, die sich ihrerseits einer weitgehenden Autonomie der Lehre und Forschung erfreuen, mit den gesamtwirtschaftlichen Interessen einer industriellen Volkswirtschaft und der Begrenztheit der für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel in Einklang zu bringen, eine Aufgabe, die dem Ende 1964 eingesetzten Wissenschaftsrat als beratendem Organ zugewiesen wurde.

Die Förderung des Nachwuchses auf allen Stufen und in allen Tätigkeitsgebieten stellt ein Problem dar, das die Kantone und den Bund gemeinsam beschäftigt. Eine foederalistische Teilung der Aufgaben in der Weise, dass der Bund zusätzlich benötigte Mittel zur Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien zur Verfügung stellt, scheint am geeignetsten, eine optimale Ausschöpfung der Begabtenreserven zu erreichen.

9. Bisher wurden kurz- und langfristige Massnahmen besprochen, deren Verwirklichung von uns selbst abhängt. Sie dienen insbesondere auch der Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf längere Frist.

Wenn wir uns nunmehr der direkten Beeinflussung der äusseren Konkurrenzbedingungen zuwenden, ist im Auge zu behalten, dass es sich um Probleme handelt, die sich in ihrer Schwere erst zeigen werden, wenn die heutige Ueberbeschäftigung unter Umständen gerade wegen der Verschlechterung der äusseren Konkurrenzverhältnisse der Vergangenheit angehört.

10. Integration

Nach dem sachlichen Gewicht ständen für uns die Bemühungen um eine gesamteuropäische Integrationslösung im Vordergrund. Die bald achtjährigen Bemühungen haben noch zu keiner Lösung geführt; ob und wann eine solche möglich sein wird, bleibt weiterhin ungewiss.

Was in diesem Zusammenhang der gegenwärtigen Strukturkrise der EWG, über die Sie Herr Botschafter Würth orientieren wird, für eine Bedeutung zukommt, ist schwer zu ermessen. Offensichtlich geht die Auseinandersetzung sowohl um das Ziel als auch den Inhalt, die Tragweite und das Funktionieren der Gemeinschaft. Ausgeschlossen wäre es nicht, dass sich schliesslich eine Umformung ergäbe, die den Weg zu einer gesamteuropäischen Lösung öffnen würde, die auch uns Raum zum Mitmachen liesse. Es wäre unvorsichtig anzunehmen,

- 27 -

dass sich solche recht ungewisse Hoffnungen so bald verwirklichen würden.

Dass unter diesen Verhältnissen der an der Wiener Konferenz der EFTA diskutierte Versuch eines Brückenbaues zwischen EFTA und EWG noch mehr als vor der EWG-Krise in der Luft hängt, ist offensichtlich.

Die Vorbereitungsarbeiten für einen solchen Brückenbau gehen in Genf aber weiter. Herr Minister Long kann Ihnen darüber berichten. Sie haben noch einen unmittelbaren Zweck, nämlich zu prüfen, ob sich nicht auf einer Reihe von Gebieten die Zusammenarbeit im Rahmen der EFTA enger gestalten liesse und ob man über gewisse Probleme nicht zu einer einheitlichen Auffassung gelangen könnte. Die Resultate dieser Untersuchungen könnten vielleicht einzelnen EWG-Kreisen, die bisher der EFTA nachsagten, sie sei ungenügend, da sie nur den Zollabbau vorsehe, zeigen, dass die EFTA durchaus ausbaufähig ist. Zum mindesten können diese Vorbereitungen zur weiteren Konsolidierung der EFTA beitragen.

Es wäre von besonderem Interesse, Ihre Meinungsäusserungen zur EWG-Krise und zu den Möglichkeiten des Brückenschlages EFTA/EWG zu hören.

11. Zeitlich steht unter den Bemühungen zur Verminderung der Diskriminierung nach wie vor die Kennedy-Runde im Vordergrund.

Das grösste der vielen grossen Fragezeichen in diesem Unternehmen lag von Anfang an im Verhalten der EWG. Die Strukturkrise der EWG hat die Verhältnisse nicht einfacher gemacht; nicht nur weil die EWG für eine unbekannte Zeit nun weniger handlungsfähig sein wird, sondern weil auch die Infragestellung des Prinzips der Mehrheitsbeschlüsse die Aussichten für eine liberalere Handelspolitik verringert.

Um die Bedeutung einer allfälligen Gefährdung der Kennedy-Runde voll zu ermessen, muss man sich ihre Ziele in Erinnerung rufen: nämlich zu verhindern, dass als Folge der Benachteiligung der Drittwelt durch die EWG-Präferenzen sich eine Auflösung der liberalen Welthandelsordnung vollzieht, sei es, dass sich die Drittwelt ebenfalls in regionale Präferenzgebilde aufsplittert -- die EFTA, die LAFTA und die Zentralamerikanische Zollunion haben den Anfang gemacht -- und damit den Handel ausserhalb der Blöcke stark erschwert, oder sei es, dass das wichtige Ordnungsprinzip des liberalen Welthandels die Meistbegünstigung durch ein wildes Chaos von nur bilateral geltenden, die rationelle internationale Arbeitsteilung gefährdenden Konzessionen abgelöst wird.

Sollte die Kennedy-Runde nicht innert absehbarer Zeit zu einem substantiellen Ergebnis führen, so muss damit gerechnet werden, dass die geschilderten Gefahren näher rücken. Die übrigen Industrieländer würden dann wohl bei der nächsten wirtschaftlichen Rezession gegen die EWG in den Kampf ziehen. Geschähe dies unter

dem Prinzip der Gleichbehandlung -- man müsste dann statt von Meistbegünstigung von "Meistbeschlechtigung" sprechen --, so würden auch unschuldige betroffen. Ein Kampf aller gegen alle, eine neue Periode des Protektionismus würde beginnen. Statt dessen wäre es wohl zweckmässiger, wenn die industriellen Drittländer sich unter Ausschluss der EWG jene Zollherabsetzungen einräumten, die sie in der Kennedy-Runde offeriert hatten. Dies könnte dann vielleicht auch die EWG zur Räson bringen.

Zum Glück sind wir noch nicht so weit. Immer noch besteht Hoffnung auf die Erreichung eines substantiellen Resultates und wir haben kein Interesse daran, die Kräfte, die in diese Richtung zielen, durch Pessimismus zu découragieren und zu schwächen. Gerade die Schilderung der möglichen Folgen eines negativen Ausganges zeigt, dass eine solche Entwicklung nicht eintreten darf.

12. Im Hinblick auf die Ungewissheit und Schwierigkeiten einer gesamteuropäischen liberalen Integrationslösung ist es nicht nur angezeigt, durch eine geeignete innere Wirtschaftspolitik unsere Konkurrenzkraft zu stärken, sondern es erscheint auch notwendig, für den Export nach Ausweichmöglichkeiten zu suchen und diese zu pflegen. In dieser Hinsicht sind folgende Gruppen von Ländern zu unterscheiden:

- a) Die EFTA-Länder;
- b) die übrigen Industrieländer;
- c) die Entwicklungsländer;
- d) die kommunistischen Länder.

13. Die EFTA-Länder

Dass Ausweichsmöglichkeiten im Rahmen der EFTA vorhanden sind, hat die bisherige Erfahrung gezeigt. Wenn einmal die Abnahme des EFTA-Exportes nach der EWG die EFTA-Länder zur Verteidigung zwingt, könnten diese Ausweichsmöglichkeiten eine beträchtliche Erweiterung erfahren. Voll lassen sich aber die an sich in der EFTA liegenden Möglichkeiten nicht auswerten, solange Ausbruchstendenzen wie diejenige Oesterreichs, oder Wirtschaftsprobleme wie diejenigen Grossbritanniens auf der Gemeinschaft lasten.

14. Die übrigen Industrieländer

Die Möglichkeiten einer Steigerung des Exportes nach den übrigen Industrieländern werden vom Schicksal der Kennedy-Runde bzw. von dem, was bei einem allfälligen Zusammenbruch der Kennedy-Runde geschehen würde, abhängen. Wenn wir nach der Reihenfolge ihrer gegenwärtigen Bedeutung für unseren Export die USA, Spanien, Japan, Südafrika, Australien und Kanada zu dieser Gruppe zählen, nehmen sie etwa 18 % unseres Exportes auf, verglichen mit den 20 % der EFTA und den 40 % der EWG.

Im Falle eines substantiellen Erfolges der Kennedy-Runde würden die Exportmöglichkeiten nach diesen Märkten grösser, obwohl dann gerade der Zwang zur Suche nach Ausweichsmöglichkeiten geringer wäre. Da diese Ausweichsmöglichkeiten gerade im Falle eines Misserfolges der Kennedy-Runde noch weit wichtiger wären, muss alles

getan werden, um einen Rückzug dieser Länder in den Protektionismus zu verhindern.

15. Die Entwicklungsländer

Diese Länder nehmen uns heute ungefähr 15 % unseres Exportes ab. Möglichkeiten für eine Ausweitung sind in einzelnen Fällen vorhanden. Aber auf einer Grosszahl dieser Länder lastet das Problem der kurz- und mittelfristigen Ueberschuldung und der unbefriedigenden Entwicklung des Exporterlöses. Dazu kommt die Tendenz der EWG, ihr System der gegenseitigen Präferenzen auf diese Länder auszuweiten.

Im Hinblick auf diese Verhältnisse dürfte es, selbst insgesamt gesehen, nicht einmal so leicht sein, den status quo zu behaupten. Unsere Bemühungen zur Behauptung dieser Märkte gehen in folgender Richtung:

a) Bemühungen in internationaler Zusammenarbeit

Wir sind bereit, im Rahmen der UNCTAD und des GATT mitzuhelfen, Voraussetzungen zu schaffen, die den Entwicklungsländern einen wachsenden Exporterlös bringen, sei es über internationale Marktordnungen für Massenprodukte, sei es über die Auffächerung der Produktion. Dies aber sind langfristige Unterfangen.

Wir sind auch bereit mitzuhelfen, zu verhindern, dass sich immer mehr ein Netz von gegenseitigen Präferenzen zwischen einzelnen Industrie- und einzelnen Entwicklungsländern ausdehnt, denn eine solche Entwicklung würde nicht nur unsere Exportchancen vermindern, sondern dazu beitragen, die internationale Arbeitsteilung unrationeller zu gestalten. In den Augen der Entwicklungsländer würde die Lösung offenbar darin bestehen, dass die Industrieländer den Entwicklungsländern einseitig Präferenzen für Industriewaren einräumen würden.

Das Risiko eines solchen Präferenzsystems besteht darin, dass die Industrieländer die Konzessionen vor allem auf dem Buckel anderer Industrieländer gewähren, statt in erster Linie ihren eigenen Protektionismus abzubauen. Wir haben daher bisher den Standpunkt vertreten, die Lösung sei durch eine generelle, auf Meistbegünstigung basierende Senkung der Zölle, insbesondere auf Halbprodukten, zu suchen.

Diese Lösung hat bisher nur wenig Anklang gefunden. Bei dieser Situation besteht die Gefahr, dass es schliesslich zu einem Durcheinander von auf Gegenseitigkeit beruhenden Präferenzen, wie sie die EWG an afrikanische Länder gewährt hat, kommt, eine Ordnung, die uns besonders benachteiligen würde. Wir müssen daher zur gegebenen Zeit unsere Haltung neu überprüfen.

b) Autonome Bemühungen

Wir sind auf Verwaltungsebene daran, zuhanden des Bundesrates Vorschläge auszuarbeiten, die es gestatten sollen, unsere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zu intensivieren.

Wie Sie wissen, ist der Grundsatz aufgestellt worden, die Industrieländer sollten pro Jahr etwa 1 % ihres Bruttosozialprodukts in Form von Krediten und Geschenken an die Entwicklungsländer leisten.

Wenn wir Bundesdarlehen, Direktinvestitionen, die ERG-gesicherten Lieferkredite und die geschenkweise technische Hilfe zusammenzählen, so liegt die schweizerische Leistung zwischen 1 und 1,5%.

Da die überall leicht erhältlichen kurz- und mittelfristigen Lieferantenkredite die Ursache der Zahlungsbilanzschwierigkeiten vieler Entwicklungsländer sind, werden sie immer weniger als Hilfe anerkannt. Fast 60 % unserer bisherigen Leistungen entfallen auf diese Kategorie. Wir müssen daher versuchen, die längerfristigen Kapitalhingaben zu vermehren. Selbst wenn wir dies nicht freiwillig täten, würde uns die Unfähigkeit vieler Länder, ihre kommerziellen Schulden der Schweiz gegenüber zu begleichen, mit der Zeit zu langfristigen "soft loans" zwingen.

Die gegenwärtige Prüfung erstreckt sich auf die Errichtung einer Investitionsrisikogarantie zur Ermunterung von Direktinvestitionen. Diese betragen heute schon etwa 200 Mio im Jahr. Ihr Hauptgewicht liegt in Lateinamerika. Der Investitionswille droht durch die wachsende Nationalisierungsgefahr beeinträchtigt zu werden. Die Investitionsrisikogarantie könnte diesem Découragement etwas entgegenwirken.

Die Ermunterung von Direktinvestitionen bedeutet allerdings nicht nur Entwicklungshilfe, sondern zugleich die Errichtung neuer Stützpunkte für den Export schweizerischer Waren und Leistungen.

Geprüft wird auch die vermehrte Gewährung von langfristigen Bundesdarlehen zu Zinssätzen, die unter den Marktkonditionen liegen. Gegenwärtig machen wir einen Anfang mit einem 15-jährigen Bundeskredit von 32 Mio zu 3 % an Indien, im Zusammenhang mit einem ebenso grossen ERG-gesicherten Bankenkredit von 6 1/4 % für 10 Jahre.

Es schwebt uns vor, zu einer langfristigen Kapitalhingabe inklusive Investitionen von etwa 0,5 bis 0,6 % des Bruttosozialprodukts zu gelangen.

Die langfristigen weichen Darlehen stellen nicht nur eine Entwicklungshilfe dar, sondern auch eine Massnahme zur Verteidigung unserer Exportpositionen.

- 35 -

Es ist allerdings nicht anzunehmen, dass all diese Massnahmen zu einer wesentlichen Ausweitung des Exportes führen. Wir müssen froh sein, wenn sie uns die Aufrechterhaltung eines bescheidenen Wachstums ermöglichen.

16. Ausfuhr nach den kommunistischen Ländern

Der Anteil der Ausfuhr nach diesen Ländern beträgt nur etwa 2,8 %.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass eine Erhöhung dieses geringen Prozentsatzes von unserer Bereitschaft zur Hingabe von mittel- und langfristigen Lieferantenkrediten abhängt.

Der Bundesrat hat die Verwaltung ermächtigt, inskünftig die ERG auch für kommunistische Länder liberaler zu gewähren. Dies bedeutet insbesondere, dass wir inskünftig in vermehrtem Masse Lieferkredite von 5-10 Jahren garantieren.

21. August 1965

(Stopper)